

cenjur®
CE juristisch-politisches
Info-Magazin von



GATS

Meinungen – Analysen – Fragen

Lohmann@erzwiss.uni-hamburg.de britta.steffenhagen@dnr.de
wasser@grueneliga.de schwarting@staedtetag-rlp.de

V **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,**

dass ich heute und hier diesen Beitrag schreibe, haben wir Wilhelm Ruehl¹ zu verdanken. Er machte mich auf dieses wirklich wichtige und wesentliche Thema aufmerksam. Lassen Sie mich etwas gleich zu Beginn sagen und fragen:

V

Wo, bitte, ist das Konzept? Was will denn wer wie erreichen? Diese Fragen richte ich an die Bundesregierung einerseits sowie die EU-Kommission als Hüterin der Verträge andererseits.

cenjur ist Ihnen möglicherweise – noch – nicht bekannt. SEIDL (zu 100 % im Familienbesitz der Familie Seidl), Produzent des europäischen Gemeinschaftsrechts auf CD-ROM EuroLex (1990/91) und cenlaw (1998/1999), sowie Herausgeber des CE juristisch-politischen Info-Magazins cenjur, ist seit 14 Jahren tätig auf dem Gebiet des Gemeinschaftsrechts und

akkreditiert bei den Europäischen Institutionen. Ich habe mich über das Wochenende auf den Seiten von attac umgeschaut, um dann von dort aus gefundene Behauptungen in Bezug auf Europa-Parlament und Kommission nachzugehen, wie zum Beispiel:

30.01.2003 - EU-Kommissar Pascal Lamy² gegen Beteiligung von Parlamenten an den GATS-Verhandlungen: erst wenn alle Entscheidungen gefällt sind, sollen Parlamentarier informiert werden!

Liebe attacen, es ist wichtig, dass auch Sie Lamys Hintergrund bei der Anhörung 1999³ kennen, die Sie hier (ca. Seitenmitte) lesen können:– Lamy war damals, wie Busquin, Wackelkandidat. Das Parlament weiss ihn einzuschätzen und wird sich mit Sicherheit von ihm keine Rechte nehmen lassen, schon gar nicht solche...

Sie finden eine Reihe von Meinungsäußerungen, die ich mir nach Studium der GATS-Seiten bei attac zum Thema GATS zusam-

¹ <http://www.meinepolitik.de>

² <http://www.attac.de/gats/>

³ <http://www.europarl.eu.int/dg3/com/press/al990902.htm>

mengesucht habe. Ich hoffe, damit eine möglichst objektive Meinungsvielfalt als Diskussionsgrundlage gefunden zu haben. Wenn wir über GATS reden, reden wir über Konzerne und Banken, über Länder und Kommunen. Was Letztere anbelangt, so sind diese transparent und überprüfbar, nicht jedoch Konzerne und Banken. Bevor wir in irgendwelche GATS-Verhandlungen einsteigen, müssen folgende Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

1. die Kommission soll ein Konzept vorlegen, das dann besprochen und diskutiert werden kann,
2. die Kommission soll endlich eine europaweite Bestandsaufnahme der Konzerne und Banken vorlegen, was sie schon 1951 bzw. 1957 hätte erledigen müssen. Bekanntlich zerschlägt die Kommission Wettbewerb seit Jahren angebliche Monopole, ohne die deutsche Besonderheit der anonymen Inhaberaktien-Aktionäre berücksichtigt zu haben. Nähere Einzelheiten dazu findet man mit Links in unseren Beiträgen⁴ (Weihnacht2002, Anfrage Lommatzsch vom 30.12.2002, Anfrage Monti und Böge vom 15.01.2003)

**Wer, bitte, soll denn was übernehmen?
Anonyme Inhaberaktien-Aktionäre, Investment-Fonds, Trusts?**

Wem gehören denn unsere Konzerne, unsere Banken? Wo ist hier Transparenz? Wenn Sie sich heute – berechtigterweise – um die Daseinsvorsorge und GATS Gedanken machen, sind Sie bereits bei der WIRKUNG – cenjur aber ist bei der URSACHE. Die Ursache, das Fundament, muss zunächst geklärt sein, bevor ich weiter über Wirkung und Ergebnisse nachdenke. Denn wenn bereits der Fehler in der Ursache liegt, kann das Ergebnis nicht richtig werden, da es von falschen (ursächlichen) Tatsachen ausgeht. Meine grosse Bitte, lesen Sie unsere Statements und Anfragen zu der Ursache.

Niemand ist uns bekannt, der bisher in Deutschland die Besonderheit des Aktienrechts deutscher Konzerne und Banken untersucht hätte.

cenjur ist bis ins Jahr 1870 zurückgegangen und kommt zu dem Ergebnis,

dass vermutlich die Nation Deutschland bereits seit dem ersten Weltkrieg NICHT MEHR SOUVERÄN ist.

Wissen Sie, was das für alles Weitere bedeutet, für das Hitler-Regime, für den zweiten Weltkrieg, für den Beitritt Deutschlands in die Montanunion bzw. 1957 in die EWG? Noch haben wir die Möglichkeit, diese Besonderheiten im Konvent zu berücksichtigen. Noch haben wir die Möglichkeiten, an der entstehenden Übernahme-Richtlinie mitzuwirken, noch haben wir alle Möglichkeiten. Nutzen wir sie,

bringen wir unser Wissen und unsere Arbeit zusammen. Parteipolitik darf keine Rolle spielen; es gilt, die Ursachen aufzuarbeiten und zwar mit dem Europäischen Parlament, mit der EU-Kommission.

Bei attac habe ich hier⁵ gelesen, dass der Europa-Abgeordnete und Berichterstatter Werner Langen (CDU) einen Text vorgelegt habe, dessen Umsetzung zu einer Zwangs-Privatisierung und -Liberalisierung aller Leistungen der Daseinsvorsorge führen könnte. Er ginge damit weit über die in der Kommissionsmitteilung gemachten Vorschläge zur Einführung von Wettbewerb in diesem Bereich hinaus und würde die von der Kommission selbst gesetzten Einschränkungen aufheben.

Lassen Sie uns doch Herrn Langen mit unseren Rechercheergebnissen in der Weihnachtsbotschaft 2002, unseren Anfragen an Lommatzsch, Uni Düsseldorf vom 30.12.2002 sowie Monti und Böge vom 15.01.2003 konfrontieren und ersuchen ihn um Stellungnahme.

Wir haben ein gemeinsames Problem, das wir nur gemeinsam lösen können.

Von unseren Europa-Abgeordneten, gleich welcher Parteizugehörigkeit, habe ich in meiner nun 14-jährigen Tätigkeit mit ihnen immer wieder ihre Bereitschaft kennen- und schätzen gelernt. Bedenken Sie bitte: so, wie Sie heute – möglicherweise – durch cenjur neue Gesichtspunkte erfahren haben, so trifft dies sicher auch auf und für Abgeordnete zu. Lassen Sie uns miteinander den offenen Dialog suchen. Glauben Sie mir, er ist in Europa und mit dem Europäischen Parlament – im Gegensatz zum parteipolitischen Schubladendenken in Deutschland - möglich! Gehen Sie mit uns ins

⁴ http://www.cenjur.de/cenmag/kapitalvernichtung/aktie_pdf.pdf

⁵ <http://www.attac-koeln.de/b-koeln-wto.html>

Europäische Parlament, suchen Sie mit uns den Dialog mit den Abgeordneten. Lassen Sie uns von ihnen erfahren, wie sie nach Kenntnis unserer Rechercheergebnisse zB über die Daseinsvorsorge denken. Besonders interessiert mich ihre Stellungnahme,

wann wer jemals auf welcher Rechtsgrundlage die Mineralölkonzerne und Mineralölmärkte untersucht hat und wo die Kontrollberichte einsehbar sind und wer es wann den Mineralölkonzernen gestattet hat, punktgenau 3-stellig nach dem Komma Preise anzuzeigen und abzurechnen. Lassen Sie uns endlich die Ursache bekämpfen, nicht die Wirkung.

Fundstellen zu GATS

19.11.2002 Unter⁶ ist von der Europa-Abgeordneten Hieronymi ist zu GATS zu lesen: „...Grundsätzlich muß gelten: soviel Marktfreiheit wie möglich und so wenig staatliche Regulierung wie nötig...“

11.10.2002 Professor Dr. Ingrid Lohmann⁷ - Bildung - für ein Linsengericht verscherbelt - Die Europäische Kommission kommerzialisiert den europäischen Bildungsraum nach US-amerikanischem Vorbild, bevor er sein spezifisches und vielfältiges Potential entfalten kann. Davor warnt die European University Association (EUA) in ihrer jüngsten Stellungnahme zu den GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services). Sie nähert sich damit dem Standpunkt der Globalisierungskritiker so weit, wie man es von der Vereinigung der europäischen Universitäten und Rektorenkonferenzen nur eben erwarten kann. Die wichtigste Frage ist dabei: Wird es in Europa auch in Zukunft Bildung und Forschung als öffentliches Gut geben oder nicht?

10.07.2002 Hochschulrektorenkonferenz (HRK)-Plenum zu den anstehenden Neuverhandlungen von GATS⁸ „...Fuer die anstehenden Neuverhandlungen erhebt die HRK vor allem zwei Forderungen: 1. Masstaebe fuer Qualitaet in der Hochschulbildung duerfen

nicht losgeloest vom kulturellen Anspruch einer Gesellschaft festgelegt werden. Sie zu entwickeln gehoert zu den Kernaufgaben oeffentlich verantworteter Bildungseinrichtungen und sie muessen zudem unabhaengig von Verpflichtungen nach GATS festgelegt werden koennen. 2. Die Regeln zur "Inlaenderbehandlung" gemaess Art. 12 des Vertrages koennen keinesfalls eine Verpflichtung zu staatlicher Subventionierung privater Anbieter von Bildungsdienstleistungen rechtfertigen, die diese dann privilegieren...“

Was cenjur zum Thema Daseinsvorsorge auffiel: Ausstieg Deutschlands aus dem Bereich Kernenergie durch das Ausstiegsgesetz, aus dem Mineralölbereich durch Verkauf von ARAL und DEA und aus dem Erdgasmarkt, wenn e.on (Inhaberaktie!) klammheimlich feindlich übernommen ist. Und das bei den europäischen Strategien für „Energieversorgungssicherheit“: (KOM (2000) 769⁹ – All diese gravierenden Änderungen mit noch unüberschaubaren Auswirkungen für die nachfolgenden Generationen hat die derzeitige Regierung der Nation Deutschland vorgenommen. Es wäre schon interessant zu erfahren, wer sich eigentlich in Deutschland worüber beklagt? Die bundesdeutsche Regierung schafft Fakten und dann hält sie sie nicht aus, redet von Daseinsvorsorge!?

18.12.2001 Unter¹⁰ äussert sich der Europa-Abgeordnete Langen zur Daseinsvorsorge: „...So hat das Europäische Parlament gefordert, dass auch in den strittigen Punkten der Wasserversorgung Schritte zu einer behutsamen Marktöffnung unterhalb der Schwelle der Liberalisierung unternommen werden sollen...“

Dazu cenjur: lieber Werner Langen, fahren Sie doch bitte einmal nach Rostock. Dort hat, weil die Kommune kein Geld hat, ein privates Unternehmen die Wasserversorgung übernommen. Obwohl das Radisson SAS Hotel ein bekanntes ist, konnte man das Leitungswasser nicht einmal zum Zähneputzen verwenden. Ein Duschen war erst überhaupt nicht möglich. Der Chlorgeruch war derart penetrant, dass er Übelkeit hervorrief. Weder waren Tee noch Kaffee geniessbar. Rückfragen bei der Hotelleitung ergaben, dass ein französischer Konzern für die Trinkwasserversorgung zuständig

⁶ <http://www.hieronymi.de/Chance%20zur%20Deregulierung.htm>

⁷ <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/DUZ.htm>

⁸ <http://www.gew-lass.de/nw/publik/infomail/in020908.html>

⁹ http://www.hermann-scheer.de/pdf/Stellungnahme_EP_Gruenbuch_Versorgung.PDF

¹⁰ <http://www.euinfo.de/aktuell/18.12.01%20Daseinsvorsorge%20aktuell.htm>

sei. Auf unsere Frage, woher der starke Chlorgeruch käme, war die Antwort: dass nach den deutschen Gesetzen Trinkwasserqualität eine bestimmte Beschaffenheit nachweisen muss. Die erreicht man natürlich mit Zugabe von Chlor. Wasserprivatisierung, Herr Langen? Nein danke. Fahren Sie nach Rostock und nehmen dort einen kräftigen Schluck!

GATS? Um was geht es eigentlich?

Leistungen der Daseinsvorsorge sind gemeinwohlorientierte Leistungen wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Art, an deren Erbringung die Allgemeinheit und der Staat ein besonderes Interesse haben. Dazu gehören in den meisten Mitgliedstaaten die öffentlich zugängliche Versorgung mit Energie, Wasser, Abfallbeseitigung, Transport, Telekommunikation, Post, Medien, Finanz- und Versicherungsleistungen, das grundlegende Sozial-, Bildungs- und Ausbildungssystem, soziale Dienste, äußere und innere Sicherheit, Justizwesen und Meldewesen - also alles Aufgaben, für die beim ersten Hinsehen die Mitgliedstaaten und ihre Untergliederungen wie Länder und Gemeinden zuständig sind...

November 2001 - Elisabeth Schroedter und Matthias Ripp¹¹ zu: „Kontroverse zwischen Liberalisierung und staatlichen Garantien für die Grundversorgung“ - Bericht zum Stand der Diskussion über die Liberalisierung der Daseinsvorsorge bei Kommission und EP – die Seite wurde zuletzt bearbeitet am 18.11.2002

September 2001 Hiltrud Breyer, MdEP Grüne in „EU-Ökonews Ausgabe 06-07/01 SEPTEMBER 2001“ auf ihrer Internetseite unter¹² zum Thema „Umweltausschuss erteilt Liberalisierung der Wasserversorgung klare Absage“

21.03.2001 Daseinsvorsorge: ein interessantes Diskussionspapier zum Einstieg bietet Professor Gunnar Schwarting in „Liberalisierung im öffentlichen Sektor“¹³ Vortrag vom 21.03.2001. Schwarting erklärt den offensicht-

lich differenten Begriff der Daseinsvorsorge – ein deutscher Begriff aus dem Jahre 1938 einerseits – kontra „Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ wie er von Franzosen und Engländern verwendet wird – andererseits. Dass dieser Unterschied gravierende Konsequenzen für die konkrete Politik hat, dürfte auf der Hand liegen, so Schwarting...

Zum Thema „Daseinsvorsorge“ siehe auch Edith Müller, MdL vom 28.05.2001 in: „Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ - Begriff, aktueller Problemhintergrund, Bewertung und Stellungnahme, Ausblick:¹⁴

Die Ausführungen Schwartings verdeutlichen auch in diesem Bereich wieder einmal das Problem der Sprache¹⁵ und des einheitlichen Sprachvokabulars. Auch das bekannte „Kommissions- Phänomen“ findet sich hier:

Forcierung einer europaweiten Liberalisierung ohne vorherige Bestandsaufnahmen, Schaffung von Kontrollen und Waffengleichheit (siehe auch Lehne, Thema Übernahmerrichtlinie¹⁶

attac: Was bisher geschah...

Anfang 2000 nahmen die Unterhändler am Sitz der WTO in Genf Neuverhandlungen des GATS auf, die bis Januar 2005 abgeschlossen sein sollen. Ziel ist die fortschreitende und faktisch unumkehrbare Liberalisierung sämtlicher Dienstleistungsmärkte, einschließlich aller öffentlichen Aufgaben. Die negativen Folgen dieser "Kommodifizierung" vormals geschützter Sektoren der Daseinsvorsorge werden sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern zu spüren sein. Grund genug für die globalisierungskritische Bewegung, jetzt und in den kommenden beiden Jahren diese undurchsichtige Liberalisierungsmaschinerie ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

¹¹ http://www.elisabeth-schroedter.de/meine_themen/europa/eu-01-11-01.htm

¹² <http://www.hiltrud-breyer.de/oekonews-06-07-01.html#text02>

¹³ <http://www.hfv-speyer.de/lba/schwarting/Aufsatz3.PDF>

¹⁴ <http://home.landtag.nrw.de/mdl/edith.mueller/g80.htm>

¹⁵ <http://www.seidl.de/europa/sprachen.htm>

¹⁶ http://www.seidl.de/mdep/uebernahme_lommatzsch.pdf